

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa.
Bernauer Str. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1590.
Telefon:
Riesa Nr. 52.

Nr. 164.

Freitag, 17. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Einzelpreises von Produktionsversicherungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 49 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Reichgräber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vorläufig keine Einberufung des Reichstages.

Vorbereitungen für die Konferenzen. — Heute Abreise der deutschen Minister.

Der Sturz des Baal.

Es kann nun kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Schatten einer weltgeschichtlichen Katastrophe sich über den ganzen Erdball ausbreiten. Wer es bisher nicht hat sehen wollen, wird nun durch die Wucht der Ereignisse gezwungen, anzuerkennen, daß das bisherige Wesen der Weltwirtschaft in seinen Grundfesten wankt, und daß nicht mehr die Rede von Schuld oder Nichtschuld einzelner Männer oder einzelner Regierungen sein kann. Der Höhepunkt, unter dessen Schutz man sich bisher mächtig und sicher fühlte, ist plötzlich seines Nimbus' entkleidet, der alte höhe Baal, in dessen Namen ein Teil der Welt den anderen in Fesseln zu schlagen gedachte, neigt sich zum Sturz.

Hat es Sinn, den gegenwärtigen Zustand mit solchen pathetischen Phrasen zu verdrängen? Es scheint in der Tat, daß kaum eine Kennzeichnung umfassender und eindringlicher genug wäre, um diesen Zustand ganz zu verdeutlichen. Das läßt sich auch aus dem plötzlichen Zerbrechen aller altgewohnten Formen ablesen. Während sonst — und noch vor kurzem — die Einladung und der Besuch auswärtiger Staatsmänner eine feierliche Prozedur war, deren diplomatisches Zeremoniell nicht zu beachten oder gar positiv zu verleben die peinlichsten Folgen haben konnte, übertrug sich jetzt die diesbezüglichen Ereignisse in einer Hast, die man unwürdig nennen könnte, wenn nicht der verzweifelte Zwang der rasenden Entwicklung dahinterstände. Die Abreise des englischen Ministerpräsidenten in Berlin von einer Stunde auf die andere, die Abänderung einer ganzen Serie von Besuchs- und Konferenzprogrammen ohne jegliche mildernde Form oder Begründung außer der durch die Unerbittlichkeit der Tatsachen ist etwas Beispiellostes, daß es nur durch die Beispiellosigkeit der gegenwärtigen Vorgänge erklärt und begründet gemacht werden kann.

Aus dem gemächlichen Wochenendbesuch im idyllischen Subertusbad ist ein überhasteter Ausbruch zur Rettung der alten, zur Inangriffnahme des Aufbaues einer neuen Welt, mindestens einmal einmal einen neuen Europa geworden. Zu erörtern, was jetzt auf dem Programm der vorläufig anberaumten Besprechungen und Konferenzen in Paris und London steht, wäre sinnlos, denn auch hier wird der Druck der Ereignisse die alten Formen von Ministerbesprechungen und Konferenzen sprengen und die verammelten Staatsmänner zwingen, sich dem rasenden Tempo der Entwicklung anzupassen. Es ist ein Schauspiel von tragischer, verheerender Größe, dessen erster Akt jetzt begonnen hat.

Was wird man sich bei der Bewertung etwaiger weiterer plötzlicher Abänderungen des vorläufig ins Auge gefaßten Reise- und Konferenzprogramms auch von der Heranziehung der sonst in solchen Fällen üblichen Motive freimachen und davon überzeugt sein müssen, daß das Bewußtsein der ungeheuerlichen Tragweite alles dessen, was in den nächsten drei bis vier Tagen geschieht, in den Gehirnen und vielleicht sogar in den Herzen der beteiligten verantwortlichen Staatsmänner lebendig ist. Auch in Paris scheint man endlich begriffen zu haben, daß die Zeit, in der es noch möglich war, um kleine Erfolge oder Scheinvorteile zu feilschen, vorbei ist. Die Schuld, die man durch weiteres Festhalten an den überkommenen Vorurteilen auf sich laden würde, wäre so unabschätzbar groß und würde in aller Welt so stark empfunden werden, daß kein jetzt etwa erzielter Vorteil die Belastung antizipieren könnte, der sich Frankreich durch solches Handeln aufsehe. Das langsame Aufdämmern dieser Erkenntnis scheint aus dem Wechsel der Tonart sowohl in den offiziellen Kundgebungen, wie in den privaten Verlautbarungen der französischen Presse ziemlich deutlich hervorzugehen. Die Wirkung des plötzlichen Umsturzes aller vorgegebenen Programme für diese Tage wird es unabweislich erkennen lassen, ob diese Auffassung zutrifft.

Die geplante Londoner Konferenz zwischen den Ministerpräsidenten Deutschlands, Englands und Frankreichs ist — auch ein Zeichen des Augenblicks — aber Nacht erweitert worden zu einer Weltkonferenz, an der Vertreter der genannten drei Staaten, sowie der USA, Italiens, Japans und Belgiens teilnehmen dürften. Damit sind auch die Voraussetzungen zu einer weltumfassenden Aktion gegeben. Bis zum kommenden Montag ist die ganze Welt in der Lage, ganz klar zu erkennen, wie tief der Umsturz erreicht, in dem die Welt begriffen ist. Somit ist es auch möglich, der Londoner Konferenz die Stimmungsrundlage für eine solche Aktion zu geben. Das ist die große, weltgeschichtliche Aufgabe der nächsten Tage. Befristete, verfallene und bedingte Maßnahmen können weder Deutschland helfen, noch die Wellen des Lebens dämpfen, die durch die Grundstöße der Bombardierung und der Wasserkrise älteren und tieferen ebenso zerstörerisch erschüttern können, wie sie es auch in Berlin getan haben und wie es nur um wenige später zwangsläufig auch den von Gold bestehenden Kellern der französischen Banken geschehen würde. Der goldene Baal ist im Sturz begriffen, und es handelt sich nicht darum, mit hierigen Fingern die Trümmer heranzubringen, sondern Ausschau zu halten nach neuen, beherrschbaren Göttern.

Nächsten Donnerstag erneute Stellungnahme.

Berlin. (Funkpruch.) Im Kabinettsrat des Reichstages wurde gegen die Stimmen der drei Oppositionsparteien beschlossen, von einer Einberufung des Reichstages abzusehen. Der Reichstagspräsident Lohde hatte vorher ein Schreiben des Reichskanzlers verlesen, in dem dieser aus vaterländischen Gründen um die Ablehnung der Anträge auf Einberufung des Reichstages bat. Der Kabinettsrat soll jedoch am nächsten Donnerstag nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus London wiederum zusammentreten, um erneut zu der Frage der Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen.

Übungsbericht.

Berlin. (Funkpruch.) Der Kabinettsrat des Reichstages hielt heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Lohde eine Sitzung ab, die sich mit den Anträgen auf Einberufung des Reichstages zum 21. Juli beschäftigte. Die Abgeordneten Stöhr (NSDAP) und Torgler (KPD) begründeten den Antrag auf Einberufung des Reichstages. Präsident Lohde brachte darauf einen Brief des Reichskanzlers Dr. Brüning zur Kenntnis, in dem es heißt: „Im Hinblick auf den großen Ernst der gegenwärtigen Lage, die ich nicht näher erst darzulegen brauche, muß ich aus vaterländischem Interesse die dringende Bitte an das hohe Haus aussprechen, die Anträge auf Einberufung des Reichstages abzulehnen. Der Zusammentritt des Reichstages kann in der gegenwärtigen Lage unseres Volkes nur schweren Schaden anrichten.“

An die Verteilung des Briefes schloß sich eine kurze Aussprache, die damit abgebrochen wurde, daß für die Einberufung auf den 21. Juli nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten stimmten. Da auch die drei Dissidenten des Landvolkes für die Einberufung sind, würden, wie Präsident Lohde feststellte, im ganzen 228 Abgeordnete für die Einberufung sein, also eine Minorität. Damit war die Einberufung abgelehnt.

Von den drei Oppositionsparteien wurde dann beantragt, den Kabinettsrat zum nächsten Donnerstag einzuberufen, damit er dann nach Rückkehr des Reichskanzlers noch einmal über die Einberufung des Reichstages zu einem späteren Beginn beraten könne. Diesem Antrag schlossen sich auch das Landvolk und die Wirtschaftspartei an. Es wurde beschlossen, am nächsten Donnerstag eine neue Kabinettsratsitzung abzuhalten.

Wird man sich in Paris einigen?

Wie wir erfahren, steht nunmehr fest, daß Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius am heutigen Freitagabend nach Paris fahren werden.

Sie werden begleitet sein von dem Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Schäffer, dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. von Bülow, dem Vortragsgebenden Legationsrat Dr. Reinebeck vom Auswärtigen Amt und den Legationsräten Graf Saurma und Baron von Blesien, die im Auswärtigen Amt als Referenten für Frankreich und England tätig sind. Außerdem wird Ministerialdirektor Graf von Schwerin-Krosigk vom Reichsfinanzministerium, der bekanntlich zu der Sachverständigenkonferenz über die Durchführung des Hoover-Plans nach London gereist ist, von dort nach Paris herüberkommen.

Die Herren werden am Sonnabendnachmittag in Paris eintreffen, und die Besprechungen dürften sich über den ganzen Sonntag erstrecken. Am Montagvormittag folgt dann die Reise nach London, so daß die deutschen Staatsmänner in der englischen Hauptstadt rechtzeitig zu der großen Regierungskonferenz eintreffen.

Die Voraussetzung für die Länderkonferenz ist natürlich, daß in Paris bereits eine grundsätzliche deutsch-französische Annäherung und Verständigung erfolgt ist. Sie ist aber wahrscheinlich, weil kaum anzunehmen ist, daß der Kanzler und der Reichsaußenminister die Pariser Reise antreten würden, wenn nicht Grund zu der Annahme vorläge, daß die Franzosen zu Entgegenkommen bereit sind.

In der Tat werden in Berliner politischen Kreisen die Aussichten dieser Besprechungen recht zuversichtlich beurteilt. Auch in Paris hat man nach den Vorgängen an der dortigen Börse wohl eingesehen, daß auch Frankreich auf die Dauer von den Schwierigkeiten, unter denen Deutschland leidet, nicht unberührt bleiben kann.

Wie lange die Londoner Konferenz dauert, läßt sich natürlich im Augenblick noch nicht sagen. Schon aus dem großen Fragenkomplex, das dabei behandelt werden soll, läßt sich schließen, daß sie bestimmt eine ganze Reihe von

Tagen in Anspruch nehmen wird. Es ist allerdings fraglich, ob der Kanzler selbst bis zum Schluß drüben bleiben wird. In unterrichteten Kreisen hält man es für durchaus möglich, daß er angesichts der ganzen Lage nach einigen Tagen wieder nach Berlin zurückkehrt und die Leitung der weiteren Verhandlungen dem Außenminister überläßt.

Beschlüsse des französischen Ministerrats

Paris, 17. Juli.

Ueber den Ministerrat, der Donnerstagnachmittag unter Vorsitz des Präsidenten der Republik im Elysee stattfand, wird folgendes Communiqué ausgegeben:

Der Ministerrat hat die durch die deutsche Währungsnotlage in Europa geschaffene Lage geprüft. Ministerpräsident Daladier erstattete Bericht über die Unterredungen, die zwischen der französischen Regierung und den Staatssekretären Stimson und Henderson stattgefunden haben. Außenminister Briand gab Kenntnis von der bevorstehenden Reise des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius nach Paris. Nach der Unterredung, die die Vertreter der deutschen Regierung und die der französischen Regierung haben werden, werden bereits am Sonnabend in Paris Besprechungen zwischen sämtlichen anwesenden Regierungsvertretern beginnen. Der Ministerrat hat die Aktionsmittel geprüft, für die Frankreich die Initiative ergreifen würde und die geeignet wären, in Europa den Kredit und das Vertrauen wiederherzustellen. Der Ministerrat hat die finanziellen Garantien und die Maßnahmen für eine politische Beruhigung untersucht, die diese Aktionsmittel begleiten müssen.

Die französische Morgenpresse

über die internationale Finanzhilfe an Deutschland

Paris. Verschiedene Morgenblätter wollen in der Lage sein, über den französischen Plan zu berichten, der die Finanzhilfe betrifft, die Frankreich Deutschland vorzuschlagen beabsichtigt.

Paris. Verschiedene Morgenblätter wollen in der Lage sein, über den französischen Plan zu berichten, der die Finanzhilfe betrifft, die Frankreich Deutschland vorzuschlagen beabsichtigt. Seit Parisien will sogar berichten können, daß dieser Plan nach Genehmigung durch den getriggen Ministerrat und nach vorheriger Vereinbarung mit den britischen und amerikanischen Unterhändlern bereits Berlin mitgeteilt worden sei. Der Plan sehe, wie das Blatt ausführt, eine finanzielle Hilfeleistung für Deutschland in Form von weltumfassenden Krediten der Zentralbanken und einer größeren internationalen Anleihe vor. Hiermit käme auch eine finanzielle Kontrolle in Frage. Als Gegenleistung sei eine Art politischer Waffenhilfskredite in Aussicht genommen, während dessen Dauer Deutschland sich verpflichten würde, keine Probleme aufzuwerfen, die die Atmosphäre Europas ähren könnten. Andererseits würden die Deutschen eine ähnliche Verhinderung seitens der Gläubiger erhalten.

Echo de Paris präzisiert den französischen Plan näher. Es handle sich zunächst um eine finanzielle Hilfe der Banken von Frankreich und England und der Federal-Reserve-Bank in Höhe eines Kredites von 500 Millionen Dollar (Main und Deure nennen ebenfalls diese Summe) nach Art der Kredite, die die Zentralbanken sich in Krisenzeiten gegenseitig zugestanden. Diese Kredite seien zeitlich begrenzt und würden so bald wie möglich durch Anleihe in gleicher Höhe, garantiert durch die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien und Belgien abgelöst werden müssen. Hinsichtlich des politischen Teiles sehe der französische Plan eine Verpflichtung Deutschlands vor, sein Militärbudget nicht zu erhöhen, und ferner gewissermaßen ein politisches Moratorium auf die Dauer von 10 Jahren, in denen der Status quo streng eingehalten werden müßte.

Während Echo de Paris erklärt, daß durch den französischen Plan die deutsch-österreichische Zollunion-Angelegenheit nicht berührt zu sein scheint, erklärt Deure, daß bestimmt werde, Deutschland müsse auf den Plan des Völkerkreuzers B und auf die deutsch-österreichische Zollunion verzichten.

Die französischen Forderungen.

Berlin. (Funkpruch.) Die heute von der Pariser Presse veröffentlichten Forderungen, die die Grundlage für die Pariser Verhandlungen mit den deutschen und englischen Staatsmännern sein sollen, werden in Berliner politischen Kreisen im wesentlichen als Presseüberhöhung gewertet, wenn man sich auch darüber klar ist, daß diese Presseüberhebungen auf gewisse Anregungen von amtlicher Seite zurückzuführen sind. Es handle sich aber doch in erster Linie um eine rein taktische Einstellung der französischen Presse und um Maximalforderungen, wie sie von jeder internationalen Konferenz aufgestellt werden. In den Forderungen selbst wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie in keiner Weise eine Verhandlungsbasis abgeben könnten.